



Landschaftsverband Westfalen-Lippe

FDP LWL Freiherr-vom-Stein-Platz 1 48147 Münster

FDP-Fraktion der Landschaftsversammlung  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster

Ruf: 0251 / 591-262  
Fax: 0251 / 591-5337

E-Mail: [buero@fdp-westfalen.de](mailto:buero@fdp-westfalen.de)  
Internet: [www.fdp-westfalen.de](http://www.fdp-westfalen.de)

## **Landschaftsversammlung 26.02.09 Haushaltsrede der FDP-Fraktion**

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Frau Vorsitzende Seifert,  
lieber Herr Direktor Dr. Kirsch,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen am Beginn eines Jahres, das viel Unsicherheit und Verwerfungen für die Menschen in Westfalen-Lippe mit sich bringt.

In Zeiten des Wirtschaftsabschwungs sollten die Gemeinden, Städte und Kreise und ihr Kommunalverband, der LWL, eng zusammenrücken. Um gemeinsam durch das finstere Tal zu gehen und das Beste für unseren schönen Landesteil und seine Menschen daraus zu machen. Auch, um gemeinsam gegenüber Land und Bund die Interessen Westfalens wirksam zu artikulieren und durchzusetzen. So wie eben bei der Resolution für eine Bundesbeteiligung an der Eingliederungshilfe geschehen.

In der kommunalen Familie Westfalens gilt es für die nötige Gemeinsamkeit mehr Rücksicht aufeinander zu nehmen.

Die Kommunen erkennen an, dass der Landschaftsverband als überörtlicher Träger der Sozialhilfe für Menschen mit Behinderung unter gewaltigen jährlichen Kostensteigerungen leidet. Dies kommt auch sogar in den Einwendungen der Städte Bottrop und Hagen sowie der Kreise Recklinghausen und Unna zum Ausdruck.

Der LWL als Verband der Kommunen in Westfalen-Lippe sollte gleichermaßen mehr Verständnis für die Problemlagen seiner Mitgliedskreise und Mitgliedsstädte zeigen. Dort steigen die Kosten der Unterkunft nach SGB II, die Hilfen zur Pflege oder die Ausgaben für die Grundsicherung.

Alle Kommunen brauchen jeden Euro beispielsweise für ihre Schulen, die Straßen, die Kinderbetreuung oder die Kanalisation.

Wir alle hier sind Vertreter unserer Heimatkommunen. Ich brauche gar nicht näher auf all diese wichtigen öffentlichen Leistungen für unsere Bürger einzugehen, die vor Ort bezahlt werden müssen.

Als Folge des wirtschaftlichen Abschwungs werden die Sozialausgaben in den kommunalen Haushalten in diesem und den nächsten Jahren weiter steigen.

Mehr Rücksicht in der kommunalen Familie unseres Landesteils aufeinander, das geht aber noch weiter. Wir alle wissen, dass die meisten Kommunen sich längst von ihren Unternehmensbeteiligungen aus alten Tagen getrennt haben. Um Risiken für ihre klammen Haushalte auszuschließen, und um die Erlöse für die Wahrnehmung der eigentlichen kommunalen Kernaufgaben zu nutzen.

Die Finanzdecke vieler Städte und Kreise ist längst so dünn, dass die Rücklagen leer sind und laufende Ausgaben aus Kassenkrediten gezahlt werden müssen, beispielsweise auch die Umlage an den LWL.

Zahlreiche Kommunen in unserem Landesteil sind längst nicht mehr Herr im eigenen Haus, stecken in der Haushaltssicherung und haben nur noch einen Nothaushalt.

Manche bei den Bürgern beliebte öffentliche Einrichtung, wie die Stadtteilbibliothek oder das städtische Schwimmbad, sind bereits geschlossen. Bei den Zuschüssen an die Vereine regiert der Rotstift.

Leidenschaftlich diskutieren Ratsmitglieder monatelang, ob das Geld noch für den Sportplatz oder die neuen Kinderspielgeräte reicht.

Der Kreis, aus dem ich komme, ist aus Solidarität mit seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden in diesem Jahrzehnt bereits zweimal freiwillig in der Haushaltssicherung gewesen, nur um die Kreisumlage nicht erhöhen zu müssen.

Sie alle als Kommunalpolitiker und Hauptverwaltungsbeamte wissen ja selber gut genug, wie es an der kommunalen Basis aussieht.

Dass sich der Kommunalverband, der LWL, da noch in einer deutlich bequemerer Lage befindet, kommt auch in den Einwendungen der Kommunen zum Ausdruck. Die vergleichsweise komfortable Position des LWL wird deutlich bei der Liquidität, bei der Ausgleichsrücklage, bei der Vermögenslage und den Unternehmensbeteiligungen. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass wir in den letzten Jahren hier beim LWL schon einmal diskutiert hätten, ein wichtiges LWL-Angebot müsse nun eingeschränkt oder gar aufgegeben werden. Höchstens ging es darum, eine Investition mal zeitlich zu strecken.

Ich rufe all das in ihr Bewusstsein, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil ich den Gedanken an mehr Rücksicht aufeinander in der kommunalen Familie Westfalens an den Anfang meiner Rede gestellt habe. Und wir können alle aus den Einwendungen der Kommunen gegen den LWL-Haushaltsplan herauslesen, dass der Wunsch nach mehr Verständnis für die Probleme in den Kommunen auch bei unseren Mitgliedskreisen und Mitgliedsstädten besteht.

Wir freien demokratischen Abgeordneten in der Landschaftsversammlung haben uns der schwierigen Aufgabe gestellt, bei der Haushaltsplanung ein ausgewogenes Verhältnis zu

finden zwischen dem Mittelbedarf des Landschaftsverbandes für seine sozialen und kulturellen Aufgaben einerseits und den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen andererseits. Im Blick hatten wir dabei auch die unterschiedliche Vermögens- und Liquiditätslage beim Verband und in den Kreisen und Städten.

Seit Einbringung des Haushaltsentwurfs Mitte November haben wir uns in zahlreichen Gesprächen intensiv mit vielen Einnahme- und Ausgabepositionen und den damit verbundenen Dienstleistungen und Projekten auseinandergesetzt. Unsere kleine Fraktionsgemeinschaft mit ihren sieben Abgeordneten der FDP und der Bürgerliste – Freie Wähler Dortmund und unseren weiteren Ausschussmitgliedern ist dabei oft an die Grenzen ihrer personellen und fachlichen Möglichkeiten gekommen.

Daher danken wir unseren Gesprächspartnern in den letzten Wochen, den LWL-Dezernenten und dem LWL-Direktor, die uns wiederholt Rede und Antwort zu vielen Einzelfragen standen. Besonders möchte ich namentlich Herrn Lunemann von der LWL-Finanzabteilung danken. Er war uns als wahrer NKF-Fachmann und Haushaltskenner eine große Unterstützung, Grundzüge und Strukturen der Haushalts- und Finanzplanung zu durchdringen. Erstmals haben wir auch den Kommunalfinanzexperten des Bundes der Steuerzahler hinzugebeten, der mit seiner Analyse des LWL-Haushalts weitere wichtige Aussagen und Erkenntnisse für unsere Diskussion beigesteuert hat.

Wir haben uns in diesem Jahr besonders viel Mühe gemacht und bis zuletzt um den richtigen Weg in unserer Fraktion gerungen. Gestern Nachmittag haben wir anlässlich unserer Fraktionssitzung unsere Beratung zum Abschluss gebracht und noch einen Vorschlag zum Umlagesatz für die heutige Landschaftsversammlung formuliert.

Wir sind schon dafür kritisiert worden, dass wir unseren Antrag für eine stabile Umlage so kurzfristig eingebracht haben. Es ist allerdings auch so, dass ja erst heute von den Mitgliedern der Landschaftsversammlung entschieden wird und es uns frei steht, hierzu auch heute noch Beschlussvorschläge zu machen. Einwendungen der Kommunen und andere Protestschreiben haben uns auch erst im Januar und Februar erreicht.

Und noch gestern Abend erhielt ich wie die anderen Herforder Vertreter in der Landschaftsversammlung ein Schreiben der CDU-nahen Mittelstandsvereinigung. Die Mittelstandsvereinigung fordert darin die Herforder Mitglieder der Landschaftsversammlung auf, eine Anhebung der LWL-Umlage mit Rücksicht auf die Belastung der Kommunen und letztlich der steuerzahlenden Betriebe und Bürger unter allen Umständen abzulehnen.

All diese Proteste bis zum gestrigen Tage haben wir in der FDP-Fraktion in unsere Meinungsbildung und Abwägung noch miteinbeziehen können.

Als Ergebnis unserer intensiven Haushaltsberatung halte ich fest:

1. Die FDP-Fraktion steht hinter allen wesentlichen Aufgaben und Dienstleistungen des Landschaftsverbands, auch in diesem Jahr.
2. Die finanziellen Folgen von Fehlentscheidungen, wie das zögerliche jahrelange Festhalten an der riskanten WestLB-Beteiligung, dürfen nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Die WestLB-Schiefelage ist in Millionenhöhe in diesem Jahr erstmalig in die Umlageerhöhung eingepreist. Wir lehnen ab, dass die Kommunen die verfehlte Beteiligungspolitik der LWL-Mehrheit mitbezahlen sollen.

3. Der LWL hat genügend verfügbare Mittel, seinen Umlagesatz in diesem Jahr vollständig stabil zu halten. Wir sind bereit, dafür die einmal in besseren Zeiten geplante Aufstockung der Kulturstiftung im Umfang von 86 Mio. Euro aus RWWE-Erlösen entsprechend zu reduzieren. Die Gelder können im allgemeinen Haushalt bleiben und unmittelbar zur Wahrnehmung der sozialen und kulturellen Aufgaben unseres Verbandes in diesem Jahr genutzt werden. Der LWL kommt damit seinen Kommunen in der Not weit entgegen und verhält sich solidarisch.
4. Der LWL kann mit Rücksicht auf seine steigenden Eingliederungshilfe-Lasten nicht auf die Mitnahme-Effekte bei gleichbleibendem Umlagesatz verzichten. Wenn der Hebesatz der LWL-Umlage bei 14,6 Prozentpunkten wie im Vorjahr bleibt, nimmt der Verband dennoch 4 Prozent mehr Geld von seinen Kommunen ein. Dieser Umstand ist mit Blick auf die verbreiterte Umlagegrundlage den Kommunen zumutbar und trägt den Kostensteigerungen beim LWL Rechnung.

Die Reaktion in den Kommunen auf den LWL-Haushaltsplan übertrifft in diesem Jahr alles, was wir aus den Vorjahren kannten. Gab es auch in den Vorjahren schon manches Gegrummel, erleben wir dieses Jahr wütende Proteste gestandener Landräte, Bürgermeister und erfahrener Kommunalpolitiker. Quer durch alle politischen Lager. Besonders laut aus den gebeutelten Kommunen von der westfälischen Ruhr, aber hörbar auch aus dem ländlichen Westfalen. Es liegen uns sogar formelle Einwendungen einzelner Kommunen gegen den LWL-Haushaltsplan vor. Das hat eine neue Qualität und macht nachdenklich. Ist der LWL in diesem Jahr im Begriff, über das Ziel hinaus zu schießen? Überstrapaziert er die Treue und Toleranz seiner Mitgliedskommunen? Verhält er sich in der kommunalen Familie vielleicht sogar unsolidarisch? Tatsache ist, der LWL sitzt mit seiner Umlage am längeren Hebel. Und ich sage noch einmal: Er verfügt in diesem Jahr über die Mittel, seine Umlage zugunsten der Kommunen stabil zu halten.

Uns Freien Demokratischen Abgeordneten ist mit Blick auf die Proteste aus unseren Mitgliedskommunen wichtig, hier dokumentieren zu können, dass wir für eine stabile LWL-Umlage in diesem Jahr und gegen die Pläne zur Mehrbelastung der Kommunen gestimmt haben. Auch Kollegen aus anderen Fraktionen wird wichtig sein, ihr Abstimmungsverhalten gegenüber ihrer örtlichen Kommune zu dokumentieren. Auch in ihrem Sinne beantragen wir daher als Fraktion namentliche Abstimmung über unseren FDP-Antrag für eine stabile LWL-Umlage.

Vielen Dank, dass Sie meinem Wortbeitrag so aufmerksam gefolgt sind. Uns allen heute eine gute Beratung.